

Anspruchsdenken und Populismus

Die Sprüche des Kämmerers

Die Ideen, das Schwimmbad zu schließen, damit repariert und „gespart“ werden könnte, stammen vom hiesigen Kämmerer. Es gab vielfältigen Widerstand und eine Demonstration vor dem Rathaus - er ruderte zurück, aber legte auch nach. Den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für das Schwimmbad einsetzen, bescheinigte er „Anspruchsdenken“ und ihre Forderungen seien „populistisch“. Das sollte man nicht so stehen lassen. Immerhin, die Frage ob dieser Mann der richtige auf diesem Platz ist, tauchte auf - und das Wort „Rücktritt“ hörte man auch vor dem Rathaus. Ob der Erste Stadtrat Zeitung liest, wissen wir nicht. Wir fanden jedenfalls folgende passende Notiz:

Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) hat einen Plan gegen die Schließung von Schwimmbädern gefordert. Sicheres Schwimmen gehöre „zur Ausbildung im Schulunter-

richt“, sagte der DLRG-Sprecher. „Nur wie soll das durchgeführt werden, wenn keine Schwimmbäder vorhanden sind?“

Zudem sei Schwimmen ein „Kulturgut“ in Deutschland und gehöre zur Daseinsvorsorge. Die DLRG brachte wegen der Schließung von durchschnittlich 80 Bädern im Jahr eine Petition mit 120.000 Unterschriften in den Bundestag ein. Darin fordert die Organisation, das „schleichende Bädersterben“ zu beenden.

Die DLRG warnt, dass die Schwimmfähigkeiten bei Kindern nachlassen und verwies auf Umfragen ihrer Organisation, wonach nur 41 Prozent der Grundschul Kinder sicher schwimmen könnten.

Bei der Eröffnung des Mörfelder Schwimmbades sagte damalige Bürgermeister Klingler (SPD): „Licht, Luft, Sonne und Wasser sind die besten Ärzte. Es ist besser, ein Schwimmbad zu bauen,

als ein Krankenhaus errichten zu müssen.“

Schulklassen hatten damals freien Eintritt. Jetzt hat man vor, die Eintrittspreise zu erhöhen.

Über viele Jahre wusste man, ein Schwimmbad ist eine große Errungenschaft. Aber in den vergangenen Jahrzehnten kam immer mal wieder das Wort Schließung in die Diskussion. Man muss wachsam bleiben.

Anspruchsdenken?

Schräge Ansichten hat er schon, dieser Herr im Rathaus. Den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für unser Schwimmbad einsetzen, bescheinigte er „Anspruchsdenken“.

Soll man jetzt schreiben: „Da sitzt ein „Bänker“ im Rathaus, dessen soziale Frage längst gelöst ist und der jetzt halt mal versucht eine Kommune wie einen kapitalistischen Betrieb zu führen?“ Wie auch immer, so scheint es wohl zu sein.

Man spürt aber, es gibt gerade Veränderungen. Viele wollen sich einfach nicht mehr alles gefallen lassen, vor allem auch nicht solche Sprüche eines Kämmerers. Die Ideen, die Grundsteuer B auf einen Spitzenwert zu bringen und die Schwimmbadschließungs-ideen sind ja nicht die einzigen Versuche, den Menschen in die Taschen zu greifen. In Umlauf kam aus dem Rathaus eine „Liste des Grauens“. Hier hat man zahlreiche Möglichkeiten zum Kürzen aufgelistet.

Natürlich - vieles wird nicht durchkommen, manche Koalitionspartner der neoliberalen Ziegler-Fraktion haben schon „Muffensausen“. Feststellen kann man aber: Wenn die Menschen erst wissen, was da passiert, dann wehren sie sich auch.

Man hörte „Wäre er doch ‚Bänker‘ geblieben“, gemeint war der Kämmerer, der einst antrat mit der Forderung: Wir brauchen keinen Ersten Stadtrat. Man hat es nicht vergessen.



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Viele Stunden diskutieren gerade die Kommunalpolitiker bei uns über den neuen Haushaltsplan. Er soll „genehmigungsfähig“ sein, sagt Kämmerer Ziegler. Man muss sich fragen, wie der Begriff „genehmigungsfähig“ zur ständigen Bezeichnung des Haushaltes geworden ist.

Man sorgt sich nicht mehr um die Einwohner, nicht mehr um den Haushalt selbst, sondern nur noch darum, den Haushalt „genehmigungsfähig“ zu machen. Dass ein Gemeindehaushalt überhaupt von irgendwem genehmigt werden muss, widerspricht im Prinzip schon dem Geist der Hessischen Gemeindeordnung und auch dem der Hessischen Landesverfassung.

Ein tiefer Riss

Durch die örtliche Kommunalpolitik geht heute ein tiefer Riss. Die einen möchten um jeden Preis einen „genehmigungsfähigen“ Haushalt nach den Zwangsregeln der Landesregierung aufstellen und dazu alle ihre Bedingungen erfüllen. Das geht nur auf Kosten der Einwohner. Ob die nun durch eine brutale Erhöhung der Grundsteuer geschröpft werden sollen oder ob man die Kosten im Haushalt verteilt, indem man hier Gebühren erhöht, dort Leistungen einschränkt oder streicht oder sogar ganze Einrichtungen stilllegt, ist dabei letzten Endes egal.

Die anderen möchten einen für die Einwohner annehmbaren Haushalt präsentieren und alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen, um für einen solchen Haushalt eine Genehmigung zu ertrotzen.

Die Armut macht keinen Bogen

Wir müssen immer aus der Sicht unserer Bürgerinnen und Bürger, aus der Sicht der Vereine die Lage betrachten. Dazu gehört auch die Erkenntnis: Die Armut macht um unsere Stadt keinen Bogen.

Die Armut in Hessen wächst - so stark wie in keinem anderen Bundesland. Das ist das Ergebnis einer Erhebung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Nach einem aktuellen Bericht nahm die Armutsquote um knapp ein Viertel zu - und liegt aktuell bei 15,8 Prozent. Hessen liegt damit über dem Bundesdurchschnitt von 15,5 Prozent.

Die Entwicklung zeigt: in Südhessen ist die Armutsquote zwischen 2008 und 2019 um 2,7 auf 14,1 Prozent gestiegen, in der Region um Darmstadt sogar um 4,9 auf 15,6 Prozent. Die horrenden Mietpreise sind ein Armutsrisiko und eine große Belastung.

In Mörfelden-Walldorf haben wir das alles auch zu beachten. Kommunalpolitiker, die bei dieser Entwicklung nur die Achseln zucken und von einem „genehmigungsfähigen“ Haus-

halt träumen, sollten darüber nachdenken.

Die DKP/LL-Fraktion weiß natürlich, vor Ort können wir diese Probleme nicht lösen. Man muss ans große Geld und die Rüstung runterfahren. Das schreiben wir in jedem „blickpunkt“. Die anderen Parteien wollen „genehmigungsfähige“ Haushalte und schweigen zum benannten Thema. Natürlich suchen wir auch nach Möglichkeiten, wo aktuell „gespart“ werden kann. So sind z.B. die Stadtwerke und die Kläranlage auf der Streichliste nicht zu finden. Dabei gibt es gerade an der Kläranlage einiges zu sparen. Vieles ist dort nach wie vor undurchsichtig, offenbar auch überdimensioniert. Mörfelden-Walldorf steuert auf eine hessenweit rekordverdächtige Abwassergebühr von fast 5 Euro pro Kubikmeter Wasser zu.

Bürgermeister wird behindert

Man hat bei den Rathausparteien SPD, Freie Wähler und FDP noch nicht kapiert, da gibt es jetzt einen anderen Bürgermeister. Ob man die Grünen mag oder nicht, man muss feststellen, man legt dem grünen Bürgermeister Steine in den Weg, lässt ihn ins „offene Messer“ laufen und verbreitet sich dann öffentlich und hässlich darüber in der Presse.

Vorreiter ist auch hier der Erste Stadtrat Ziegler.

Am Strick des Kapitals

Eine Karikatur von Felix Mussil. Er starb am 8. Februar 2013 in Frankfurt am Main.

Der Karikaturist war 46 Jahre lang Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau. Seine Karikaturen beschreiben auch die heutige Situation noch treffend.

